



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

1964

9. November 1983

Konsolidierungsabkommen mit Sudan

Aufgrund des Antrages des EVD vom 28. Oktober 1983

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens

wird beschlossen

1. Der Entwurf zu einem Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für Schulden Sudans wird im Sinne von Verhandlungsinstruktionen gutgeheissen.
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird beauftragt, die Verhandlungen mit Sudan über die Gewährung dieses Zahlungsaufschubes zu führen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderliche Vollmacht auszustellen.

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z. V.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	6	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
	X	EFD	7	-
X		EVD	15	-
		EVED		
		BK		
	X	EFK	2	-
	X	Fin. Del.	2	-

Sudan - Zahlungsaufschub

Sudans Wirtschaftslage hat sich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Trotz massiver Finanzhilfe und zweier Umschuldungen in den Jahren 1980 und 1982 vermochte sich das Land nicht von seinen finanziellen Rückschlägen zu erholen. Es gelangte Ende 1982 erneut an den Internationalen Währungsfonds. Die Regierung Sudans sah sich gezwungen, die harten Auflagen des IWF durchzuführen, mitunter auch eine 44-prozentige Abwertung und eine Verdoppelung des Preises für Benzin. Im Rahmen dieses Programms wandte sich Sudan an die Gläubigerländer ("Club de Paris") und ersuchte sie zum dritten Mal um die Konsolidierung garantierter kommerzieller Kredite. Diesem Begehren wurde am 4. Februar 1983 entsprochen.

Der Bundesrat wird ersucht, das BAWI zu ermächtigen, mit Sudan ein Abkommen über die Konsolidierung von ERG-garantierten Forderungen abzuschliessen. Entsprechend den Empfehlungen im Pariser-Club werden alle 1983 konsolidierbaren kurz- und mittelfristigen Zahlungsrückstände, sowie Rückstände aus früheren Konsolidierungen und aufgelaufene Zinsen miteinbezogen. 100 % der entsprechenden Forderungen sollen von Sudan in 20 Semesterraten, die ersten am 1.7.1989, die letzten am 1.1.1999, beglichen werden. Der Zinssatz wird zu marktnahen Bedingungen bilateral festgelegt (gegenwärtig ca. 7 %).

Betroffen werden kommerzielle Kredite im Betrage von rund 50 Millionen Franken. Die ERG wird Entschädigungen von etwa 13,5 Millionen Franken auszurichten haben, die von Ende Juni 1989 bis Ende Dezember 1998 zurückfliessen sollen. Für den nicht ERG-gedeckten Teil haben die Exporteure selber aufzukommen.

Die Antragstellung erfolgt im Einvernehmen mit dem EDA und der Finanzverwaltung.



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2310.1

Bern, den 28. Oktober 1983

AUSGETEILTNicht für die PresseAn den B u n d e s r a tSudan - Zahlungsaufschub

Sudan, das grösste Land Afrikas, einst der Brotkorb der arabischen Welt, steht heute am Rande des Bankrotts. Der drastische Rückgang der Baumwolllexporte, steigende Erdölkosten und Fehlplanungen haben zur Degradation der Zahlungsbilanz beigetragen. Bereits 1980 musste seine Regierung zum Mittel der Schuldenkonsolidierung greifen und gelangte 1982 wieder an seine Gläubiger, um eine Stundung seiner Schulden zu beantragen. Die Situation hat sich seither nicht gebessert, und die Regierung Sudans hat dem Internationalen Währungsfonds erneut ein Gesuch um einen Zahlungsaufschub unterbreitet.

1. Gründe und Ausmass der Verschuldung

Sudans Wirtschaft ist, wie jene der meisten Länder des afrikanischen Kontinents, wenig diversifiziert. Baumwolle und Baumwollsamensamen erbringen rund 60 % der Devisenerträge. Sinkende Baumwollproduktion infolge ungenügender Schädlingsbekämpfung hatte namentlich 1981/82 einen drastischen Rückgang der Exporterlöse zur Folge, was sich auf die Finanzlage des Landes besonders ungünstig auswirkte. Gegenüber 1980 verminderten sich die Ausfuhren Sudans 1982 um rund 37 %. Dazu kommen Fehlplanungen, wie die in den 70er Jahren erstellte Zuckerfabrik Kenana, welche ihre volle Produktionskapazität noch heute nicht erreicht hat. Die Herstellungskosten von Zucker sind derart hoch, dass der Produktionserlös nicht einmal genügt, um die Zinsen des 1 Mrd \$-Darlehens zu bezahlen. Ein weiteres Problem ist dasjenige der Ver-

bindungswege. Das Eisenbahnmateriale ist mangels Ersatzteile in einem bedenklichen Zustand und verursacht immer neue Transportprobleme. Ungünstig auf die Ernten hat sich ebenfalls der mangelhafte Unterhalt der Bewässerungsanlagen ausgewirkt.

Sudans Aussenschuld betrug im Februar 1983 rund 8 Mrd US\$, was praktisch dem gesamten Bruttosozialprodukt des Landes von 7,6 Mrd \$ (1980) entspricht. Ohne Schuldenkonsolidierung würde der Schuldendienst 1983 rund 800 Mio \$ betragen und damit die gesamten Exporterlöse übersteigen. In diesem Betrag sind die Zahlungsrückstände von 2,2 Mrd \$ per Ende 1982 nicht eingerechnet.

Angesichts einer derartigen Situation lässt sich das dritte Schuldenkonsolidierungs-Gesuch Sudans rechtfertigen. An den Verhandlungen des "Club de Paris" vom 3. und 4. Februar 1983 wurde den Gläubigerstaaten durch den Internationalen Währungsfonds eine extrem grosszügige Konsolidierung der Schulden Sudans nahegelegt, ansonst Sudan kaum in der Lage wäre, die bilateralen Abkommen einzuhalten.

Die Schuldenkonsolidierung ist ein Teil eines integrierten, international unterstützten Massnahmenpaketes zur Stabilisierung der sudanesischen Wirtschaft. Dieses Paket beinhaltet ein langfristiges strukturelles Anpassungsprogramm, das von der Weltbank, dem IWF und einer internationalen Solidaritätsaktion der Zahlungsbilanzhilfe unterstützt wird. Die Schweiz nimmt an dieser internationalen Aktion ebenfalls teil und hat dem Sudan bereits zwei Zahlungsbilanzhilfen gewährt: eine erste Hilfe für 12 Millionen im Jahre 1978 (PF 1978 II 1765) und eine zweite Hilfe im Jahre 1983 für 10 Millionen SFR. Eine weitere Hilfe im Jahre 1984 ist vorgesehen.

2. Konsolidierungsabkommen

Der beiliegende Entwurf zu einem bilateralen Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für sudanesischen Schulden geht weit über die Konzessionen der beiden ersten Abkommen. Erfasst werden alle 1983 konsolidierbaren kurz- und mittelfristigen Zahlungsrückstände, sowie Rückstände aus früheren Konsolidierungen und aufgelaufene Zinsen (Art. 1).

Die Rückzahlung erfolgt in 20 gleich hohen halbjährlichen Zahlungen, die erste am 1. Juli 1989, am Ende einer 6-jährigen "grace period", die letzte am 1. Januar 1999 (Art. 2). Die Zahlungen sind in Schweizerfranken zu leisten. Die sudanesischen Regierung verzichtet auf sämtliche Kompensationsrechte für die unter dieses Abkommen fallenden Beträge (Art. 3).

Der Konsolidierungszinssatz, der bilateral auszuhandeln ist, wird zu marktnahen Bedingungen festgelegt; die Zinszahlungen sind halbjährlich fällig. Die für 1983 anfallenden Konsolidierungszinsen werden nur zur Hälfte bezahlt, der Rest wird Ende 1983 der Gesamtschuld zugeschlagen (Art. 4). Artikel 5 enthält die Meistbegünstigungsklausel, und Artikel 6 bestimmt, dass das Abkommen bei Unterschrift rechtgültig wird.

Es ist zu erwarten, dass der vorliegende Abkommenstext keine nennenswerten Änderungen erfahren wird. Die Modalitäten entsprechen jenen des "Club de Paris". Das Inkrafttreten bei Unterschrift hat den Vorteil, dass die Abwicklung des Abkommens vereinfacht wird und die Zahlungen in die Schweiz per Ende Dezember 1983 termingerecht erfolgen können. Die bilateralen Verhandlungen sollten zu diesem Zweck noch in diesem Jahr stattfinden.

3. Auswirkungen auf die Schweiz

Gemäss BRB vom 14. Januar 1981 soll bei Konsolidierungen grundsätzlich auf den Einsatz von Bundesmitteln verzichtet werden. Die Konsolidierung mit Sudan wird daher in Form eines Zahlungsaufschubes abgewickelt werden. Dies bedeutet, dass die Export-

teure bei Fälligkeit nur mit einer Schadenvergütung entsprechend dem jeweiligen Deckungssatz der ERG rechnen können. Für den nicht ERG-gedeckten Teil haben sie selbst aufzukommen.

Der Gesamtbetrag der durch die Schweiz unter dieser Vereinbarung aufzuschiebenden Zahlungsverpflichtungen wird sich auf etwa 50 Millionen Franken belaufen, zuzüglich die zu kapitalisierenden Zinsen. Da von den kurzfristigen Rückständen die Schadenbetreffnisse teilweise bereits ausbezahlt sind, dürfte die ERG-Rechnung - bei einem Deckungssatz von rund 66 % - noch im Ausmass von 13,5 Millionen Franken belastet werden.

Durch Bundesbeschluss vom 17. März 1966 (AS 1966 893), verlängert durch die Bundesbeschlüsse vom 18. März 1970 (AS 1970 1707) und 20. Juni 1980 (AS 1980 1483) ist der Bundesrat zum Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen mit dem Ausland ermächtigt.

Im Rahmen internationaler Hilfsaktionen hat die Schweiz Sudan bereits zweimal Zahlungsbilanzhilfen gewährt. Im Jahre 1981 betrug diese 12 Millionen Franken und 1983 noch 10 Millionen Franken.

4. Konsultierung anderer Dienststellen

In einem kleinen Mitberichtsverfahren sind der Finanz- und Wirtschaftsdienst, EDA, sowie der Währungs- und Wirtschaftsdienst, EFD, vorgängig konsultiert worden. Sie haben sich mit dem vorliegenden Antrag einverstanden erklärt.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen stellen wir Ihnen den

A n t r a g :

1. Der vorliegende Entwurf zu einem Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für sudanesishe Schulden wird gemäss den vorstehenden Erwägungen im Sinne von Verhandlungsinstruktionen genehmigt.

- 5 -

Accord

entre le Gouvernement de la Confédération suisse

2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Departement für auswärtige Angelegenheiten und dem Eidgenössischen Finanzdepartement die Verhandlungen mit Sudan über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes zu führen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderliche Vollmacht auszustellen.

agissant conformément aux recommandations du procès-verbal signé le 4 février 1983 à Paris entre représentants de certains pays créanciers, dont la Suisse, et représentants du Gouvernement soudanais.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

sont convenus de ce qui suit :


Article premier

1. Tombent sous les dispositions du présent accord les dettes soudanaises spécifiées ci-dessous, qui résultent de crédits commerciaux garantis par la Confédération suisse et qui ont fait l'objet d'un contrat conclu avant le 31 janvier 1983 :

Beilage: Abkommensentwurf

a) les montants en principal et intérêts sur les crédits ayant une durée initiale de plus d'une année arrivant à échéance

avant le 31 janvier 1983 et le 31 décembre 1983, y inclus les deux dates, et non payés;

b) les montants en principal et intérêts arrivant à échéance à la date du ou avant le 31 décembre 1983, suite aux accords de rééchelonnement des dettes du 1er avril 1980 et du 19 octobre 1982 respectivement et non payés;

c) les montants en principal et intérêts de crédits ayant une durée initiale de moins d'une année, arrivant à échéance à la date du ou avant le 31 décembre 1983 et non payés;

Zum Mitbericht an:

- Finanz- und Wirtschaftsdienst, EDA
- Eidg. Finanzverwaltung

Protokollauszug an:

- EVD (GS 5, BAWI 10)
- EDA
- EFD
- BK, zum Vollzug

1966 (AS 1966 893), verlängert durch die Bundesbeschlüsse vom 18. März 1970 (AS 1970 1767) und 20. Juni 1970 (AS 1970 1483) ist der Bundesrat zum Abschluss von Schuldensicherungsabkommen mit dem Ausland ermächtigt.

In Rahmen internationaler Hilfsaktionen hat die Schweiz Sudan bereits zweimal Zahlungsbilanzhilfen gewährt. Im Jahre 1981 betrug diese 12 Millionen Franken und 1983 noch 10 Millionen Franken.

4. Konsultierung anderer Dienststellen

In einem kleinen Mitberichtverfahren sind der Finanz- und Wirtschaftsdienst, EDA, sowie der Währungs- und Wirtschaftsdienst, EFD, vorgängig konsultiert worden. Sie haben sich mit dem vorliegenden Antrag einverstanden erklärt.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen stellen wir Ihnen den

A n t r a g

1. Der vorliegende Entwurf zu einem Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für sudaneseische Schulden wird gemäss den vorstehenden Erwägungen in Sinne von Verhandlungsinstruktionen genehmigt.

Accord

entre le Gouvernement de la Confédération suisse
et le Gouvernement de la République démocratique du Soudan
concernant le rééchelonnement de dettes soudanaises

Le Gouvernement de la Confédération suisse

et

le Gouvernement de la République démocratique du Soudan

agissant conformément aux recommandations du procès-verbal agréé
signé le 4 février 1983 à Paris entre représentants de certains
pays créanciers, dont la Suisse, et représentants du Gouvernement
soudanais,

sont convenus de ce qui suit :

Article premier

1 Tombent sous les dispositions du présent Accord les dettes soudanaises spécifiées ci-dessous, qui résultent de crédits commerciaux garantis par la Confédération suisse et qui ont fait l'objet d'un contrat conclu avant le 1er janvier 1983 :

- a) les montants en principal et intérêts sur les crédits ayant une durée initiale de plus d'une année arrivant à échéance entre le 1er janvier 1983 et le 31 décembre 1983, y inclus ces deux dates, et non payés;
- b) les montants en principal et intérêts arrivant à échéance à la date du ou avant le 31 décembre 1983, suite aux accords de rééchelonnement des dettes du 1er avril 1980 et du 19 octobre 1982 respectivement et non payés;
- c) les montants en principal et intérêts de crédits ayant une durée initiale de moins d'une année, arrivant à échéance à la date du ou avant le 31 décembre 1983 et non payés;

- d) 50 pour cent de l'intérêt accumulé au 31 décembre 1983 - calculé selon l'article 4 - sur les échéances non payées mentionnées à l'article premier, lettres a), b) et c), pour être capitalisé le 31 décembre 1983.
- 2 Les montants en principal et intérêts sur des crédits en D-Mark et en US-dollars seront convertis en francs suisses aux taux spécifiés à l'article 4, lettre b) pour les D-Mark et lettre c) pour les US-dollars respectivement.
- 3 Le montant global des échéances spécifiées au paragraphe 1 de cet article est évalué à l'équivalent d'environ millions de francs suisses.

Article 2

Les dettes soudanaises spécifiées à l'article premier du présent Accord seront remboursées comme suit :

100 pour cent en 20 paiements semestriels égaux et consécutifs, le premier intervenant le 30 juin 1989 et le dernier le 31 décembre 1998.

Article 3

Les paiements prévus dans le cadre de cet accord se feront en francs suisses libes par la Banque du Soudan, agissant pour le compte du Gouvernement de la République démocratique du Soudan, à une banque suisse à désigner.

Le Gouvernement soudanais renonce à tous droits de compensation pour les montants exigibles en vertu du présent accord. Il exécutera ponctuellement toutes les obligations prévues dans le présent accord, indépendamment de toutes objections qu'il peut avoir concernant les contrats de livraison conclus entre les créanciers suisses et les débiteurs soudanais.

Article 4

Le Gouvernement soudanais s'engage à payer un intérêt sur le montant dû. Cet intérêt sera calculé, deux fois par an, sur les montants individuels, de la date de chaque échéance contractuelle au 31 décembre 1983. Le calcul des intérêts selon les montants en différentes monnaies se fera comme suit :

a) Montants en francs suisses :

Jusqu'au 31 décembre 1983, le taux d'intérêt sera de pour cent par an net. Le montant de l'intérêt accumulé au 31 décembre 1983 sera payé à 50 pour cent le 31 décembre 1983.

b) Montants en D-Mark :

Jusqu'au 31 décembre 1983, le taux d'intérêt sera de pour cent par an net. Le montant de l'intérêt accumulé au 31 décembre 1983 sera converti en francs suisses selon un taux fixé à la date de signature du présent accord, soit francs suisses par 100 D-Mark, dont 50 pour cent payables le 31 décembre 1983.

c) Montants en US-dollars :

Jusqu'au 31 décembre 1983, le taux d'intérêt sera de pour cent par an net. Le montant de l'intérêt accumulé au 31 décembre 1983 sera converti en francs suisses selon un taux fixé à la date de signature du présent accord, soit francs suisses par 1 US-dollar, dont 50 pour cent payables le 31 décembre 1983.

Le solde de 50 pour cent des parts susmentionnées sous a), b) et c) sera capitalisé à titre de dette selon les dispositions de l'article premier du présent accord et payé selon les dispositions de l'article 2 du présent accord.

Par la suite, l'intérêt calculé sur la dette en cours globale devra être payé chaque année, en deux versements semestriels, le 30 juin et le 31 décembre respectivement, le premier versement intervenant le 30 juin 1984.

Le taux d'intérêt sera fixé comme suit : une marge fixe de $2\frac{1}{4}$ pour cent par an au-dessus du taux d'émission moyen des obligations de caisses en francs suisses des principales banques suisses, tel qu'il est spécifié chaque mois par la Banque nationale suisse et publié dans son bulletin mensuel de janvier 1984 (table 20) pour janvier 1984. Ce taux s'appliquera du 1er janvier 1984 au 31 décembre 1988.

A l'expiration de ces 5 années, le taux d'intérêt sera à nouveau fixé pour une seconde période de 5 ans, avec la même marge et la même base pour le mois de janvier 1989. Ce taux s'appliquera du 1er janvier 1989 au 31 décembre 1993.

A l'expiration de la seconde période de 5 ans, le taux d'intérêt sera à nouveau fixé pour une troisième période de 5 ans avec la même marge et la même base pour le mois de janvier 1994. Ce taux s'appliquera du 1er janvier 1994 à la fin de la période de remboursement.

Article 5

Le Gouvernement soudanais s'engage :

- a) à accorder à la Suisse un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui qu'il accordera à tout autre pays créancier pour la consolidation de dettes de terme comparable à l'exception du taux d'intérêt;
- b) à informer le Gouvernement suisse des dispositions de tout accord de consolidation de dettes qu'il conclurait conformément à l'alinéa a) de cet article.

Article 6

Le présent accord entrera en vigueur à la date de sa signature par les deux Gouvernements.

SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Datum
- 4 Nov. 1968
1968

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés, ont signé le présent accord.

Fait à Khartoum, le [1968] [Nov. 3], 1968, en double exemplaire, en langues anglaise et française, les deux textes faisant également foi.

wird beschließen

Pour le Gouvernement de la Confédération suisse :

Pour le Gouvernement de la République démocratique du Soudan :

30 000 Fr
schweizer
Zeit
A. [Name]
C. [Name]
D. [Name]
E. [Name]
F. [Name]
G. [Name]
H. [Name]
I. [Name]
J. [Name]
K. [Name]
L. [Name]
M. [Name]
N. [Name]
O. [Name]
P. [Name]
Q. [Name]
R. [Name]
S. [Name]
T. [Name]
U. [Name]
V. [Name]
W. [Name]
X. [Name]
Y. [Name]
Z. [Name]

Vizepräsident, BAZL, Stellvertreter des Delegationschefs
BAZL, Sektion Internationale Beziehungen
BAZL, Sektion Gewerbandische Luftfahrt
Departement für auswärtige Angelegenheiten, Abteilung für völkerrecht
Direktor Sekretariat
Vizepräsident Sekretariat
Abteilungsleiter Sekretariat

Der Auftrag aus Verhandlungen zur Änderung des Luftverkehrsabkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika wird erteilt.
Der Delegationschef oder sein Stellvertreter wird bevollmächtigt, die Verhandlungen mit den USA im Sinne der vorstehenden Erwägungen zu führen und einen Entwurf einer Abkommensänderung zu paraphieren.
Der Delegationschef wird beauftragt, eine auf den Namen des Delegationschefs auszustellende Vollmacht- und Paraphierungsvollmacht auszustellen.
Die spätere Unterzeichnung einer solchen Abkommensänderung stellt die Zustimmung des Departements für auswärtige Angelegenheiten dar.

Für geliebten Anzug,
der Protokollführer:

[Handwritten signature]

DDS
Table with 4 columns and 4 rows, containing handwritten marks and numbers.